



Die Aussteigerin

2 „Parteien müssen politische Bildung betreiben“



Der Politikberater

7 „Dass Parteien Geld bekommen, ist eine Errungenschaft“

wtf.slpb.de

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Kannst du
eine Partei gründen?
Infografik
Seite 4/5

Parteien = Wahlversprecher?



5 Gründe, in eine Partei einzutreten

Was habe ich davon?

Parteien machen, was sie wollen? Ihre Mitglieder haben mit dem Volk nichts mehr zu tun? Stimmt so nicht – denn (fast) jeder kann sich einer Partei anschließen. Eine Partei ist also nichts anderes als eine Gruppe von Menschen mit ähnlichen Vorstellungen.

Fünf Gründe für die Mitgliedschaft:

Mitbestimmung

Meckern hat noch nie viel gebracht. Sinnvoller ist es, sich einzumischen und mitzustalten. Wird einem Herzensthema nicht genug Beachtung geschenkt, kann es sehr wirksam sein, in einer Partei selbst dafür zu kämpfen.

Verantwortung übernehmen

Es gibt viele Möglichkeiten, in einer Partei Verantwortung zu übernehmen: ob als aktives Mitglied, Schatzmeister oder Beisitzer im Vorstand. Außerdem ist eine Mitgliedschaft ein gutes Sprungbrett für öffentliche Ämter: Bürgermeister, Abgeordnete oder Bundeskanzler – fast alle haben ihre politische Arbeit in einer Partei begonnen.

Demokratisches System unterstützen

Im Grundgesetz steht, dass Parteien auf die politische Willensbildung des Volkes einwirken. Und der Wille des Volkes zeigt sich in demokratischen Wahlen. Um also den Wählern zu ihrem Willen zu verhelfen, müssen auch Parteien demokratisch organisiert sein. Damit das klappt, brauchen sie Mitglieder, die diskutieren, Ideen einbringen und sich zur Wahl stellen.

Erfahrungen sammeln

Die Arbeit in Parteien kann extrem bereichern. Viele politische Prozesse sind nicht gerade einfach zu durchblicken. Da steigt man leichter durch, wenn man es selbst erlebt. Außerdem lernt man als Parteimitglied, wie eine sachliche Diskussion abläuft, wie und warum Kompromisse gefunden werden und was gute Arbeitsteilung heißt.

Etwas Sinnvolles tun

Es gibt viele Möglichkeiten, seine Freizeit zu gestalten. Sich parteipolitisch zu engagieren ist nicht nur gut für einen selbst, sondern für die ganze Gesellschaft. Und ganz nebenbei lernt man viele spannende Leute kennen. [ben]



Als die Piratenpartei 2006 gegründet wurde, mischte sie die Politikwelt ganz schön auf und zog in zahlreiche Landtage ein. Der Zauber verflog jedoch schneller als gedacht und die Partei verlor viele Mitglieder. Auch die ehemalige politische Geschäftsführerin Marina Weisband (Foto) ist 2016 ausgetreten.

nicht nur aus mir selber besteht. Und alles, was ich getan habe, war für die Partei, für die Parteimitglieder und die Mehrheiten auf den Bundesparteitagen zu sprechen und nicht meine Meinung in den Vordergrund zu stellen.

Was ist deine Meinung: Brauchen wir Parteien?

Ich denke auf jeden Fall, dass wir es nicht schaffen, das gesamte politische Spektrum innerhalb einer Partei zu repräsentieren, und halte das auch für eine unsinnige Einstellung. Die Piraten haben oft das Problem, zu denken: Wenn wir nur klug genug darüber nachdenken, finden wir die richtigen Lösungen für Probleme. Das ist zu einfach gedacht.

Marina Weisband war von 2011 bis 2012 politische Geschäftsführerin der Piratenpartei. Im Interview

erzählt sie, warum sie aus der Partei ausgetreten ist und wie sich in ihren Augen die Parteienlandschaft verändern müsste, um attraktiver für Politikneulinge zu werden.

An welchem Punkt hast du gemerkt, dass du nicht mehr Mitglied der Piraten sein kannst?

Das war ein sehr langsamer Prozess. Angefangen hat er, als sich die Partei dagegen entschieden hat, Liquid Democracy verbindlich einzuführen. Außerdem gab es immer wieder antisemitische Tendenzen in der Partei, was wirklich schwierig war. Und dann habe ich 2014 in einem Projekt an Schulen angefangen zu arbeiten. Ich wollte die Arbeit an Schulen und die in meiner Partei nicht mischen. Deswegen bin ich ausgetreten.

Wie könnten Parteien attraktiver für junge Menschen werden?

Die Parteien sollten sich öffnen für Menschen, die sich gern kurzfristig engagieren. Parteien sollten außerdem offen sein für Personen, die nicht alle ihre Einstellungen und Themen teilen. Wenn sich jemand bei den Grünen gegen Atomkraft und bei der SPD für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen möchte, sollte das möglich sein. Ich glaube, dass die Arbeit an der Basis einer Partei wichtig ist, damit Menschen verstehen, wie Politik überhaupt funktioniert. Wir haben bei den Piraten gesehen, was passiert, wenn zu viele Mitglieder gleichzeitig kommen und gar nicht vernünftig aufgenommen und integriert werden können.

Mit den Zielen und Inhalten der Piraten kann ich mich bis heute identifizieren. Ich finde noch immer, dass die Piraten in ihrer Utopie nach wie vor die einzige überzeugende Partei sind. Aber ich sah keinen Weg, wie diese Inhalte konkret umgesetzt werden sollten.

[Interview: ben]

Wie ist das als politische Geschäftsführerin, wenn die eigene Meinung von der Partei abweicht?

Es gab vor allem dann Probleme, wenn Leute mich fragten, warum wir uns nicht stärker gegen Antisemiten stellen oder Rechten eine Plattform auf unseren Parteitagen geben. Da kann ich nichts anderes sagen als, dass ich der gleichen Meinung bin. Das ist dann total schwer. Aber ich sehe auch ein, dass die Partei

Was ist Liquid Democracy? Wie wollten die Piraten die Politik revolutionieren? Und warum sind sie damit gescheitert? Diese und andere Fragen beantwortet Marina Weisband im ausführlicheren Interview auf wtfslpb.de.

Anfang und Ende

WTF?! fragt Menschen, warum sie bei einer Partei ein- oder ausgetreten sind.

Der Eintreter

„Man kann mit Politik mehr bewirken, als wenn man seine postpubertäre Energie dazu nutzt, Heime anzuzünden.“



Oliver Staudinger, geboren in Frankfurt/Oder, studiert in Dresden an der Hochschule für Bildende Künste. Er ist im Frühjahr 2017 in die Linkspartei eingetreten.

Mein politisches Interesse ist nicht von jetzt auf gleich gekommen, es „wuchs“ allmählich. Primär wurde es verstärkt durch die seltsamer und extremer werdende Situation in Dresden. PEGIDA und die AfD brauchten meiner Meinung nach ein Gegen gewicht. Man kann mit Politik mehr bewirken, als wenn man seine postpubertäre Energie dazu nutzt, Heime anzuzünden. Dass ich nicht „dunkeldeutsch“ bin, wollte ich noch mal mit meinem Eintritt in die Linkspartei bekräftigen. Ich bin zwar ein großer Freund des schwarzen Humors, aber manche Dunkelheiten in Sachsen sind mir dann doch zu düster. Dagegen wollte ich irgendetwas machen. Meine politische Hauptarbeit ist derzeit, die Frage zu beantworten, wie man einen Weg zu den Menschen von PEGIDA und der AfD findet. Ich möchte mit ihnen über ihre Ansichten sprechen und sie davon abbringen. Das mache ich dann auch. Mal schauen, wie es sich entwickelt.

Der Aussteiger

„Ein Leben ohne Parteibuch ist möglich und trotzdem nicht sinnlos.“



Michael Brade, geboren 1979 in Görlitz, Studium an der TU Dresden in Chemie, arbeitete bis 2016 als selbstständiger Marketing- und Unternehmensberater und ist heute Präsident und Humanistischer Zeremoniar des „Humanistischen Verbands Dresden“.

Politik kann man entweder konsumieren oder mitgestalten. Dass ich nicht der Typ für das „Hinnehmen“ bin, bemerkte ich spätestens, als mich meine Fachschaft für das Konzil der TU Dresden vorschlug. 2007 bin ich dann in eine demokratische Partei eingetreten. Welche, ist aus heutiger Sicht egal. Während meiner Zeit in der Partei war ich Vorsitzender einer Wirtschaftsgruppe auf Kommunalebene und stellvertretender Wahlkampfleiter eines OB-Kandidaten. 2012 bin ich ausgetreten. Ausschlaggebend war für mich das Verhalten der Bundestagsfraktion bei der Frage der religiös begründeten Knabenbeschneidung. Einen „Groß“ hege ich weder gegen die Partei als solche noch gegen einzelne Personen, mit denen ich während meiner Mitgliedschaft zusammen gearbeitet habe. Mein politisches Wirken ist seit meinem Austritt breiter gefächert, da es mir seither leichter fällt, über den parteipolitischen Tellerrand zu schauen. Ob ich jungen Menschen empfehle, in eine Partei einzutreten? Es ist eine Möglichkeit, das Miteinander zu gestalten – aber nicht die einzige. Es kann genauso sinnvoll sein, sich in einem Verein, einem Verband, einer Nichtregierungsorganisation oder einer Initiative zu engagieren oder diese finanziell zu unterstützen.

[Protokoll: jok]

Schwer loszuwerden

Eine Partei zu gründen ist nicht schwer. Sie zu verbieten, aber sehr.

In Deutschland ist es recht einfach, eine Partei zu gründen. Aber eine Partei dann wieder zu verbieten, das ist schwer. Dass eine Partei in Deutschland verboten wurde, gab es bisher nur zwei Mal: 1952 traf es die Sozialistische Reichspartei (SRP) und 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Wie kommt aber ein Parteiverbot zustande?

Gefahr für die Demokratie?

Im Grundgesetz (Artikel 21 Abs. 2 Satz 1) steht, dass Parteien nur dann verboten werden können, wenn sie die freiheitlich demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder abschaffen wollen. Diese Grundordnung ist etwa dann in Gefahr, wenn jemand eine Gewalt- und Willkürherrschaft anstrebt oder die Selbstbestimmung des Volkes missachtet.

Eine Willkürherrschaft ist das Gegenteil einer Demokratie: Der Machtanspruch wird nicht durch freie Wahlen gesichert. Viele Menschen sehen – gerade mit Blick auf die Hitler-Diktatur – bei der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) diese Gefahr. Deshalb sind viele Politiker demokratischer Parteien für ein Verbot der NPD.

Nicht so einfach

Für das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist die Sache allerdings nicht so einfach. 2001 haben dort Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung den ersten Antrag auf ein NPD-Verbot gestellt. Das Verfahren wurde allerdings 2003 aus Verfahrensgründen eingestellt. Mitarbeiter des Verfassungsschutzes hatten in der Leitungsebene der Partei mitgearbeitet – eine peinliche Blamage für die Ermittler.

NPD-Verbot gescheitert

2013 stellte der Bundesrat erneut einen Antrag, im Januar 2017 kam das Urteil: Die NPD wurde für nicht verfassungswidrig erklärt. Laut Urteil verfolge die Partei zwar verfassungsfeindliche Ziele. Die Richter hielten es aber nicht für möglich, dass die politischen Handlungen der NPD zur Zersetzung der Demokratie führen könnten. Der vorsitzende Richter Andreas Voßkuhle sagte: „Das Parteiverbot ist kein Gesinnungs- oder Weltanschauungsverbot.“ Ein Parteiverbot müsse sich gegen konkretes Handeln einer Vereinigung, nicht gegen die Ideen richten.

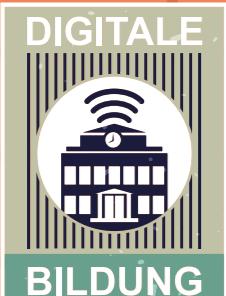


Hast du ein Leitmotiv?

Ausgangspunkt für eine Parteigründung sollte immer eine Idee sein, was du im Land verändern würdest, die von noch keiner anderen Partei so abgebildet wird und wie du dir das kon... vorstellst.

JA

... ein Thema, das alle angeht!

**NA JA**

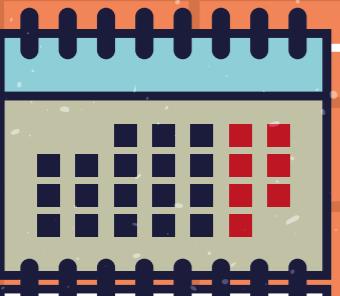
... ein Thema, das die Leute in meinem Ort brennend interessiert!

NEIN

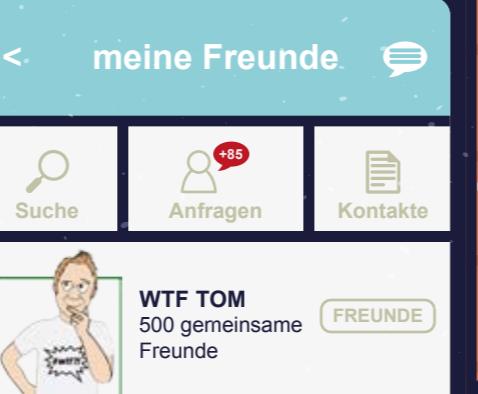
Aber du willst trotzdem politisch aktiv werden? Dann schau dir doch mal an, wofür die bestehenden Parteien stehen.

Könnte es auch Leute im ganzen Land interessieren?

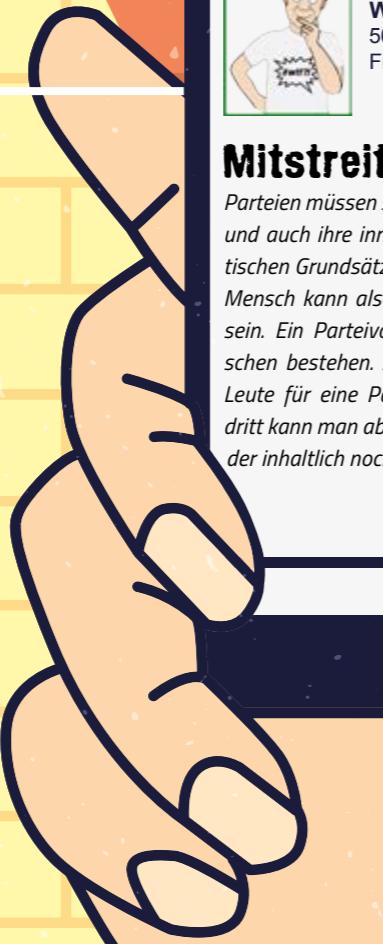
Im Deutschen Parteiengesetz steht unter anderem, eine Partei ist eine Vereinigung von Menschen, die für eine längere Zeit ein Interesse daran hat, den „politischen Willen“ in ganz Deutschland oder einem Bundesland zu prägen. Ziel einer Partei muss es sein, sich in den Bundestag oder ein Landesparlament wählen zu lassen.

JA**Hast du die Ausdauer?**

Parteien unterliegen demokratischen Grundsätzen. Innerhalb einer Gruppe zu mehrheitlichen Entscheidungen zu kommen, braucht einen langen Atem, Überzeugungsarbeit und langfristiges Arbeiten an Kompromissen. Du wirst mit vielen Leuten reden müssen und auch Menschen mit unterschiedlichsten Standpunkten auf einen gemeinsamen Weg bringen. Das dauert.

meine Freunde**Mitstreiter!**

Parteien müssen sich zur Demokratie bekennen und auch ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Ein einzelner Mensch kann also keine demokratische Partei sein. Ein Parteivorstand muss aus drei Menschen bestehen. Also würden theoretisch drei Leute für eine Parteigründung ausreichen. Zu dritt kann man aber keine Politik machen – weder inhaltlich noch organisatorisch.

**JA****JA****NA JA****NEIN**

Und hast du ...

Dann brauchst du ...

Dann bist du leider ein parteipolitisch aussichtsloser Fall.

JA

Dann hast du dein Talent für die nächste Frage sicher schon bewiesen.

NAJA

Dann solltest du dir die nächste Frage stellen, denn du musst noch ein paar Leute ins Boot holen.

NEIN

Dann bleibt dir wohl nichts anderes übrig, als die nächste Frage mit Ja zu beantworten. Denn du brauchst dringend Support.

Kannst du Leute begeistern?

Entscheidungen innerhalb einer Partei werden durch Abstimmung getroffen. Willst du also, dass die anderen Mitglieder in deinem Sinne abstimmen, musst du sie überzeugen. Aber auch potenzielle Wähler, Unterstützer und Medienvertreter für euch und eure Ziele zu begeistern ist extrem wichtig. Dafür brauchst du Charisma, Selbstbewusstsein und die Fähigkeit, in der Öffentlichkeit zu reden.

JA

Wer begeistern kann, dem sollte die nächste Aufgabe auch nicht schwerfallen!

NA JA

Dann sollte unter deinen Mitstreiter jemand sein, der dem gewachsen ist und vielleicht liegt dir die nächste Hürde mehr!

NEIN

Eine Gruppe, die sich nur um ein lokales Anliegen kümmert, ist eher eine Bürgerinitiative.

**DANN GRÜNDET EINE PARTEI!**

Bis hierher gekommen? Dann solltet ihr euch jetzt um eine Satzung und ein Parteiprogramm kümmern, also Regeln, Themen und Positionen aufzuschreiben, die euch wichtig sind. Außerdem braucht ihr einen Namen und ein Logo, damit man eure Partei wiedererkennt. Dann müsst ihr euch noch um eure Website und ein paar Social-Media-Auftritte kümmern. Dort könnt ihr euer Programm präsentieren und darüber informieren, wie man Mitglied eurer Partei werden kann. Auch müsst ihr bei der Gründung festlegen, wie hoch der Mitgliedsbeitrag ist. Und nach eurer Gründungsversammlung kann es dann auch schon losgehen mit der „politischen Willensbildung des Volkes“ (Grundgesetz Artikel 21).

Ob eure Partei aber auch bei den nächsten Wahlen antreten darf, entscheidet letztlich der Landes- oder Bundeswahlausschuss.

**SICHERE RENTE****MEHR TOLERANZ****FAIRER HANDEL****Habt ihr genug Standpunkte für ein Parteiprogramm?**

Ein einzelnes Thema macht noch kein Parteiprogramm. Das Ziel einer Partei muss es sein, Wählerstimmen zu gewinnen. Dafür benötigt sie ein Programm, das ihre Positionen zu möglichst vielen Themen ausdrückt. Eine Gruppe, die sich nur einem Thema widmet, ist eher eine Bürgerinitiative.

JA

Ich halte jeder Diskussion stand.

NEIN

Dann wirst du vielleicht bald in deiner eigenen Partei untergehen.

Kannst du Hinterzimmer?

Ein oft gebrauchtes Klischee ist: Viele parteipolitische Entscheidungen werden in Hinterzimmern verabredet. Das heißt, dass nicht jede Kompromissfindung in der Öffentlichkeit stattfinden muss. Wenn es um brisante Themen oder Personalentscheidungen geht, sind Gespräche im kleinen Kreis hinter verschlossenen Türen sinnvoll. Eine Verabredung wie, „wenn du jetzt für mich stimmst, stimme ich beim nächsten Mal für dich“, gehört zum Alltag der Parteiarbeit.

JA

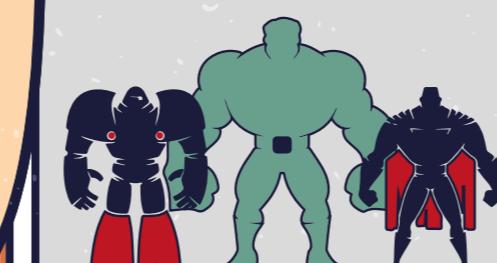
Auch, wenn es richtig hoch her geht?

NEIN

Ohne Kompromisse keine funktionierende Partei!

Kannst du gut vermitteln?

Wenn eine Partei erfolgreich ist, wird sie bald aus einer größeren, unübersichtlichen Gruppe bestehen. Damit aus der Gruppe nicht wieder viele Einzelkämpfer werden, müssen starke Persönlichkeiten die Leitung übernehmen. Sie müssen verschiedene Ansichten zusammenführen und im Streitfall schlichten können.



#DerUnterschied

Twitter-Interviews: Die Parteien im Sächsischen Landtag antworten mit 3x 140 Zeichen auf die Frage: „Was unterscheidet euch von den anderen?“

Startseite | Mitteilungen | Nachrichten | Twitter durchsuchen | Twitter

CDU Sachsen @odu_sachsen • 10 Min. #Tillich: „Erfolgreiche Wirtschaft kein Selbstzweck sondern gesellschaftliche Notwendigkeit.“ Arbeitsplätze = beste Sozialpolitik. #wtf

CDU Sachsen @odu_sachsen • 55 Min. Mehr Personal, bessere Ausrüstung, mehr Befugnisse. #InnereSicherheit bei #CDU in guten Händen. Danke @PolizeiSachsen für euren Einsatz #wtf

CDU Sachsen @odu_sachsen • 12 Std. #Leitkultur ist Basis des Zusammenlebens in D. Gilt ohne Ausnahmen. #Werte sind nicht verhandelbar. Integration #FordenUndFördern. #wtf

B'90/GRÜNE Sachsen @gruene_sachsen • 20 Std. #ZukunftwirdausMutgemacht - Umweltschutz, Energie- & Mobilitätswende, eine gerechte & offene Gesellschaft wird es nur mit #GRÜN geben! #wtf

B'90/GRÜNE Sachsen @gruene_sachsen • 10 Std. #BasisistBoss - bei uns wählen die Mitglieder das Spitzenteam @cem_oezdemir @GoeringEckardt zur #btw171 #wtf

B'90/GRÜNE Sachsen @gruene_sachsen • 3 Std. Wir leben #Gleichberechtigung - die Hälfte der Macht gehört bei uns den Frauen! #wtf

*Warum die AfD fehlt

Die AfD wollte sich nicht in Twitterform äußern. „Die AfD ist keine Simplifizierungsparie, die in 3x 140 Zeichen erklären muss, dass und wie sie sich von anderen Parteien unterscheidet“, sagt Pressesprecher Thomas Hartung.

Hinweis: Die Interviews wurden schriftlich per E-Mail geführt und an die Twitter-Optik angepasst.

„WAS DAS ALLES KOSTET“



Eine Hälfte vom Staat

Damit eine Partei politisch agieren kann, braucht sie Geld. Man unterscheidet dabei zwischen „unmittelbaren“, also direkten, und „mittelbaren“ Zuwendungen. Unmittelbar bedeutet, dass die Partei direkt vom Staat Geld bekommt. Laut dem deutschen Parteiengesetz dürfen Parteien maximal 50 Prozent ihres Geldes vom Staat bekommen. Das restliche Geld muss durch Spenden oder Mitgliedsbeiträge aufgestockt werden. Das ist dann der sogenannte mittelbare Weg.

Nur gewählte Parteien

Da nach dem sogenannten Parteienprivileg alle Parteien gleich zu behandeln sind, bekommen alle Geld vom Staat, die bei der letzten Bundestagswahl 0,5% der Stimmen oder bei einer Landtagswahl 1% der Stimmen erhalten haben.

Die Höhe richtet sich dann nach der konkreten Zahl der Wähler. Eine Partei bekommt einen Euro je Stimme für die ersten vier Millionen Kreuze auf dem Wahlzettel, danach 0,83 Euro je weiterer Stimme. Außerdem bekommen die Parteien 45 Cent für jeden Euro, den sie mittelbar, also über Spenden und Mitgliedsbeiträge, eingesammelt haben. 2015 hat etwa die SPD bundesweit gut 50 Millionen Euro bekommen. Die CDU/CSU

knapp 63 Millionen, die Grünen 15, Die Linke knapp 11, die AfD 5,2 und die NPD 1,3 Millionen Euro.

Es gibt Grenzen

Im Parteiengesetz (§ 18 Abs. 2 Satz 1) ist festgelegt, wie hoch die oberste Grenze der staatlichen Zuwendungen sein darf. Das waren insgesamt 159.245.400 Euro für das Jahr 2015. Die Parteien müssen einmal im Jahr einen Rechenschaftsbericht vorlegen. Darin sind die staatliche Teilfinanzierung, Einnahmen aus Spenden, Einnahmen aus Sponsoring oder auch Einnahmen aus Vermögen offenzulegen. Liegt der Bericht dem Bundestag nicht vor, werden die Parteien von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen.



Christian Demuth ist Politikwissenschaftler, parlamentarischer Berater der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag und Vorsitzender des Bürgervereins Bürger.Courage in Dresden. Gemeinsamkeiten unter den Parteien findet er nicht prinzipiell schlecht.

Sind sich die etablierten Parteien wirklich so ähnlich?

Ich glaube, die Parteien unterscheiden sich heute wieder stärker als vor ein paar Jahren. Es braucht Alternativen in der Demokratie. Große Unterschiede haben aber auch Nachteile: Als früher die Unterschiede viel radikaler waren, konnten Parteien überhaupt nicht zusammenarbeiten. Ich bin froh, dass heute das demokratische System nicht mehr infrage gestellt wird und dass es fast keine Partei mehr gibt, die zum Beispiel das Frauenwahlrecht ablehnt. Es ist gut, dass die grobe Richtung klar ist, in die wir als Gesellschaft wollen.



Ist es dann egal, welche Partei ich wähle, wenn die Richtung sowieso klar ist?

Die Programme der Parteien zeigen, dass es Unterschiede gibt, die erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben. Es sind wichtige Fragen, ob eine Partei

MPower / Photocase

Kann man darauf vertrauen, dass Parteien Wahlversprechen auch einhalten?

In der Regel ja. Vor allem die Haupt-Forderungen werden meist umgesetzt. Ob sich die damit verbundenen Versprechungen und Hoffnungen erfüllen, steht auf einem

anderen Blatt. Weil man zum Regieren meist einen Koalitionspartner braucht, wird man selten alle Forderungen umsetzen. Zudem wird man sagen müssen, wie man die Vorschläge finanzieren will, wenn man regieren will. Sonst gilt man schnell als unseriös. Parteien, die ohnehin in die Opposition gehen wollen, versprechen oft viel – weil sie es dann ja nicht umsetzen müssen.

Setzen sich Politiker eigentlich ehrlich für die Bürger und das Land ein? Oder geht es ihnen nur ums Geld?

Natürlich gibt es überall schwarze Schafe. Es wird aber oft vergessen, die meisten Politiker bekommen kein Geld. Sie arbeiten ehrenamtlich oder gegen wenig Geld in unseren Städten und Dörfern. Wenn man der Meinung ist, dass Parteien und Politiker kein Geld bekommen sollen, muss man sich eben bewusst sein, dass sich dann nur Reiche Politik leisten können. In den USA muss jeder zumindest Millionär sein, um Abgeordneter werden zu können. Ganz ehrlich: Ich möchte das nicht. Es ist eine große Errungenschaft, dass Parteien und Politiker Geld bekommen, sodass Politikmachen für alle möglich ist.

[Interview: net]

faktencheck

Noch mehr Infos und Faktenwissen zu:

Bundestagswahl

Parteiprogramm

Landtagswahl

Frauenwahlrecht

Parteiengesetz

Abgeordneter

Die Antworten darauf gibt's auf ...

www.wtf.slpb.de

#ParteikommtvonParty



VERRÜCKTE POLITIKWELT!

Bei Wahlen treten nicht nur die bekannten, großen Parteien an, die schließlich auch ins Parlament einziehen. Immer versuchen auch kleinere Parteien, sich einzumischen – und meinen es mal mehr und mal weniger ernst. #wtf?! stellt einige davon vor. [ben]



DIE PARTEI

Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative, oder kurz: Die PARTEI, wurde von Redakteuren des Satire-Magazins *Titanic* gegründet. Mit Slogans wie „Ja zu Europa, Nein zu Europa“ oder „Inhalte überwinden!“ macht sich Die PARTEI über die gesamte Politiklandschaft lustig. 2014 konnte Martin Sonneborn damit sogar ins Europa-Parlament einziehen.

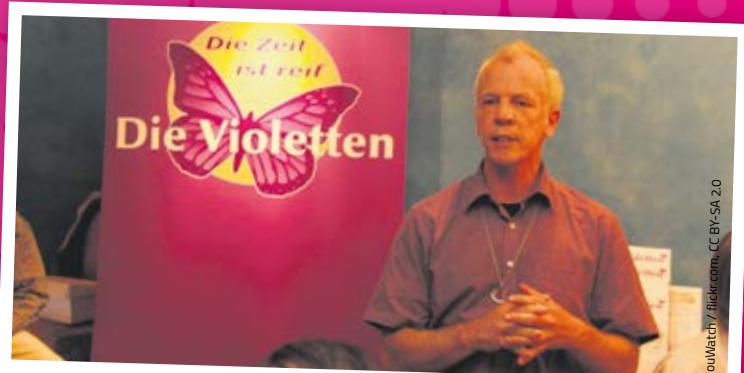


ANARCHISTISCHE POGO-PARTEI

Die Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD) wurde 1981 gegründet. Ihre Ausrichtung ist der Pogo-Anarchismus, was auch immer das heißen mag. Slogans lauten unter anderem: „Jugendrente statt Altersrente“ oder „Nie wieder Mehrheit“. Somit wird die Partei gern als Spaß-Partei eingestuft. „Bestes“ Wahlergebnis bei Bundestagswahlen: unglaubliche 0,0%.

Ein-Themen-Parteien

Einige Parteien werden auch nur zur Umsetzung eines einzigen Themas gegründet. Die Magdeburger Gartenpartei protestiert gegen die Bebauung von Kleingartenanlagen. Die Maritime Union Deutschlands setzt sich für die Stärkung der Werftindustrie und Fischerei in Norddeutschland ein. Und die Partei „Lärmfolter Umwelt Politik ehrlich“ (LUPe) kämpft für den Rückbau der Landebahn am Frankfurter Flughafen. Sie alle traten bei Landtagswahlen in jeweils einem Land an – und bekamen zwischen 0,1 und 0,4 % der Stimmen.



DIE VIOLETTEN

Bei „Die Violetten – Für spirituelle Politik“ ist der Name Programm. Grundzustand der Partei ist es, „das Göttliche in allem zu sehen, was ist.“ Die Partei kämpft für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, also dass jeder Mensch einen bestimmten Betrag ausgezahlt bekommt, ob er nun arbeitet oder nicht. Bei der letzten Bundestagswahl bekam die Partei nicht einmal 0,1 % der Stimmen.



DIE GRAUEN PANTHER

Die Grauen Panther gründeten sich 1989 mit dem Ziel, eine Interessenvertretung für Senioren darzustellen. Parteivorsitzende war 18 Jahre lang, von 1989 bis 2007, Trude Unruh, die schon bei Amtsantritt 64 Jahre alt war. Beim Wähler kam die Konzentration auf die Senioren scheinbar nicht so gut an – bestes Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl: 0,6% im Jahr 1992.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), Schützenhofstraße 36, 01129 Dresden, wtf.slpb.de

REDAKTION

Thomas Platz, Referent Öffentlichkeitsarbeit (V.i.S.d.P.) Tel. 0351/853 18 21, E-Mail: thomas.platz@slpb.smk.sachsen.de;

STAWOWY: Benjamin Kutz (ben), Romina Stawowy, Peter Stawowy, Lukas Pohlmann

MITARBEIT AN DIESER AUSGABE
Johanna Kelch (jok)
Nora Stankewitz (net)

FOTOS

Frank Grätz (Titel), Joscha Beckmann (Infografik), PR

GESTALTUNG

STAWOWY: Basti Tóth

AUFLAGE

55.000 Exemplare

DRUCK

DDV Druck GmbH

VERTEILERHINWEIS

#wtf?! wird als Informationszeitschrift von der SLpB im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Ohne Parteien läuft nichts? Das hängt ganz vom politischen System ab. Wir verraten euch, welche Staaten ohne Parteien auskommen.



SAUDI-ARABIEN

In Saudi-Arabien liegt alle Macht beim König. Das Amt wird vererbt, Wahlen gibt es keine. Der König entscheidet fast allein, wo's lange geht. Parteien oder parteiähnliche Bündnisse sind streng verboten. Das Land gehört zu den Ländern mit den wenigsten Freiheitsrechten der Welt.



TUVALU

Tuvalu ist ein Inselstaat im Pazifischen Ozean mit rund 10.000 Einwohnern. Gesetze werden durch ein demokratisch gewähltes Parlament verabschiedet. Parteien gibt es trotzdem nicht. Die Kandidaten können sich in einem Wahlkreis aufstellen und so direkt ins Parlament gewählt werden.



VATIKAN

Auch der kleinste Staat der Erde mit rund 1.000 Einwohnern kommt ohne Parteien aus, weil der Vatikan politisch nicht in Erscheinung tritt. Diplomaten vertreten den Papst und die katholische Kirche, aber eben nicht den Staat. Staatsoberhaupt ist der Papst. Er wird durch das Konklave gewählt.



KATAR

In Katar gibt es zwar bald viele Fußballstadien, aber keine Parteien. Der Emir, eine Art König, ist sowohl für die Regierung als auch für die Gesetzgebung zuständig – das heißt, er muss keine Rücksicht nehmen auf zum Beispiel Minderheiten. Das Volk wählt lediglich eine beratende Versammlung. [ben]